

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Heinrich Hagemann, Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Jakob Ranke vergleicht in der „Tagespost“ den Umgang deutscher und österreichischer Bischöfe mit AfD und FPÖ:** „Eine Botschaft, zwei Welten des politischen Umgangs: Wie die deutschen Bischöfe regelmäßig vor politischen Inhalten der AfD warnen, so kritisch äußern sich die österreichischen Bischöfe zu Aussagen aus der rechtspopulistischen FPÖ. [...]

Einfache Lösungen, Hass, Extremismus, Menschenwürde: Das Buzzword-Arsenal, mit dem die Kirchen das rechtspopulistische Politikangebot (berechtigt oder nicht) kommentieren, ähnelt sich in Deutschland und Österreich durchaus. Der feine Unterschied liegt im Rest des Wohlwollens, den sich [Innsbrucks Bischof Hermann] Glettler leistet. ‚Wärst besser grüner Politiker geworden‘, soll der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Christoph Steiner gut hörbar während Glettlers Predigt dazwischengerufen haben. [...] Im Nachgang allerdings lud Steiner Glettler zum Gespräch ‚auf Kaffee und Kuchen‘ ein. Und Obacht: Jetzt will sich Glettler tatsächlich mit Steiner zum Gespräch treffen.

Und in Deutschland? Wann gab es zuletzt ein öffentlich angekündigtes Gespräch zwischen einem Bischof und einem AfD-Politiker? Statt den Dialog, vielleicht gar (warum eigentlich nicht?) die Überzeugung des Gegenübers in Angriff zu nehmen, übt man sich in Deutschland lieber in intellektueller Selbstverzweigung. [...]

Das ist alles so fernab jeglicher realer zwischenmenschlicher Begegnung, dass man sich um die Kommunikationsfähigkeit der Kirche nur noch sorgen kann. Es ist keineswegs falsch, wenn Bischöfe sich zu politischen Entwicklungen zu Wort melden, die ihnen bedenklich erscheinen. Aber Ziel muss, getreu dem Motto „Die Kranken brauchen den Arzt“, sein, überzeugen zu wollen, anstatt der eigenen moralischen Überlegenheit im Schulterschluss mit EKD, Verfassungsschutz und linken NGOs ein dümmliches Denkmal zu errichten. [...]“ (KNA HG 07.05.2026)

- **Benjamin Netanjahus Initiative zu vorgezogenen Neuwahlen in Israel kommentiert Daniela Vates im „Kölner Stadtanzeiger“:** „[...] Selbstbewusst und siegessicher soll das wohl wirken und der Kritik entgegenwirken, da klammere sich einer an die Macht. Netanjahu will einer sein, der sich nicht bezwingen lässt. Passieren kann es dennoch. Und es wäre kein Schaden, im Gegenteil. [...] Dass Israel [durch Netanjahus Politik] sicherer geworden wäre, lässt sich bezweifeln. [...]

Es kann also, so scheint es, nur besser werden ohne Netanjahu. Und zumindest zwei der Oppositionsparteien haben sich schon mal zusammengetan: Unter dem vielversprechenden Namen ‚Gemeinsam‘ wollen die beiden ehemaligen Regierungschefs Jair Lapid und Naftali Bennett zusammen antreten und damit liberale und konservative Israelis gleichermaßen ansprechen. [...]

Das Problem dabei ist: Es ist in erster Linie ein Netanjahu-Verhinderungsbündnis, das Lapid und Bennett da geschlossen haben. Sie haben damit zwar schon einmal Erfolg gehabt: 2021 gelang ihnen Netanjahus Ablösung. 18 Monate später allerdings war das Bündnis gescheitert. Ein Zusammenschluss ist eben noch kein inhaltliches Programm. [...]

Es ließe sich immerhin hoffen, dass die jetzt signalisierte Kompromissbereitschaft im Inneren sich im Umgang mit den arabischen Nachbarstaaten fortsetzen würde, die sich vor dem Gaza-Krieg Stück für Stück verabschiedet hatten von ihrer Komplettablehnung Israels. Das wäre ein Fortschritt. Und für die Demokratie in Israel wäre es ein gutes Signal, wenn das autoritäre Gebaren Netanjahus nicht bestätigt würde.“ (KNA HG 21.05.2026)

- **Solidarität und Kritik im Nahostkonflikt - Wenn über Israel, Hamas, Gaza und Iran diskutiert wird, schlagen die Emotionen hoch. Die einen beklagen, dass Antisemitismus hierzulande zu wenig gesehen werde. Andere beklagen sich, dass man Israel nicht kritisieren dürfe. Dazu einige Schlaglichter auf die Debatte. Von Leticia Witte**

Fast drei Jahre ist es her, dass die Terrororganisation Hamas Israel angegriffen und Israel als Reaktion darauf den Gazakrieg begonnen hat. Der 7. Oktober 2023 und seine Folgen sind für Jüdinnen und Juden außerhalb der Region weiterhin spürbar. Kritiker machen sie für das teils hochumstrittene Handeln der israelischen Regierung verantwortlich – obwohl sie außerhalb des Landes leben. Das Spektrum reicht von Unsicherheit bis hin zu Bedrohungen und Übergriffen. Bei antisemitisch motivierten Straftaten verzeichnete das Bundeskriminalamt 2024 hierzulande einen Höchststand mit rund 6.200 Delikten. Darüber hinaus registriert der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus auch Vorfälle, die keine Straftaten sind. 2024 wurden demnach 8.627 Fälle dokumentiert.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland befragte im März dieses Jahres 102 der in dem Dachverband organisierten Gemeinden. Fast die Hälfte ist demnach von antisemitischen Vorfällen betroffen. Besonders häufig seien Beleidigungen, Drohanrufe, Hasskommentare, Sachbeschädigung und Schmierereien an Gebäuden gewesen. 68 Prozent der Befragten hätten ein großes Unsicherheitsgefühl.

Angefeindet wegen einer Regierung, die sie selbst ablehnen

Der Berliner Rabbiner Andreas Nachama beklagt, dass Jüdinnen und Juden in eine „Defensivposition“ gebracht würden – unabhängig davon, wie sie zur Politik der israelischen Regierung stünden. Gerade dieser Aspekt ist es, der vielen zu schaffen macht: Sie werden wegen des Handelns einer Regierung angefeindet, die sie selbst ablehnen oder mit der sie gar nichts zu tun haben.

„Wir müssen erkennen: Es ist ein Bruch eingetreten“, sagt denn auch Nachama. Es werde Jahre brauchen, diesen Bruch zu überwinden. Er selbst setzt weiter auf Dialog, sofern er möglich ist. Denn Menschen lehnten es oft ab, die Meinung anderer überhaupt anzuhören. „Die Wege sind so steinig und so schwierig, weil wir in einer Zeit der Cancel-Kultur leben.“

Auf privater Ebene gibt es durchaus differenzierte Informiertheit

Wie kann man wieder zueinanderfinden? Fest steht, dass es etwa auf privater Ebene durchaus Mitgefühl, Solidarität und differenzierte Informiertheit gibt, die auch Kritik an Israel ermöglicht. Das trifft ebenso auf Kreise zu, die sich offiziell den interreligiösen Dialog auf die Fahnen geschrieben haben.

Eine auf diesem Feld tätige Organisation ist der Deutsche Koordinierungsrat (DKR) der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Er hat kürzlich in Bonn eine Studententagung unter anderem zu Israel, Nahost, Antisemitismus sowie gesellschaftlichem Zusammenhalt ausgerichtet. Dort äußerte sich auch Nachama als jüdischer Präsident des Koordinierungsrates. Die Tagung bot Gelegenheit, am Rande eine Jüdin, einen Muslim und einen Christen zu fragen, wie man zugleich solidarisch mit Israel sowie Jüdinnen und Juden sein kann und legitime Kritik an der israelischen Regierung üben kann.

„Ich denke, es geht um ein ausgewogenes und informiertes Bild der Lage“, sagt Rabbinerin Alisa Bach, die die Liberale Jüdische Gemeinde Oldenburg betreut. „Nur was im Moment passiert, nämlich eine Dämonisierung des Staates Israel in weiten Teilen der Öffentlichkeit, ist purer Antisemitismus. Und ob der zu bekämpfen ist, wage ich zu bezweifeln.“

„3D-Regel“: Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung

Apropos Dämonisierung: Eine in vielen Kreisen akzeptierte greifbare Formel ist die „3D-Regel“ von Natan Scharanski. Antisemitisch ist demnach, wenn es um Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung Israels geht. Wenn Israel etwa das Existenzrecht abgesprochen, es als das Böse dargestellt oder in seinen Handlungen mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere Staaten. Kritiker wiederum monieren, dass der Vorwurf des Antisemitismus zu schnell bei der Hand sei. Auf diese Weise werde legitime Kritik an der israelischen Regierung unterdrückt.

Rabbinerin Bach blickt unterdessen auf die Historie. Letztlich sei der Antisemitismus in der europäischen Kultur so tief verwurzelt, dass sie sehr skeptisch sei, „ob mehr erreicht werden kann als eine Garantie von körperlicher Unversehrtheit der Juden“. Zugleich betont sie, dass sie nicht die vielen Menschen entmutigen wolle, die sich Antisemitismus entgegenstellen. Dies sei allerdings nicht die Aufgabe allein der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden. „Wir können mit Informationen unterstützen, aber es ist eigentlich die Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft und ihrer politischen Vertretungen, sich dem entgegenzustellen.“

Der islamische Theologe Mouhanad Khorchide von der Universität Münster hebt auf die Art des Diskutierens ab: „Zentral ist, dass man aus Kritik keine Pauschalkritik macht: Diese eine oder

andere Handlung in der Politik Israels finde ich nicht in Ordnung, aber etwas anderes finde ich gut. Das heißt, dass man im selben Atemzug das Positive, aber auch das Negative erwähnt.“ Das sei dann nicht mehr die „Sprache der Stigmatisierung“ einer Regierung, eines Volkes oder eines Staates.

Konkurrenz zwischen Täter-Opfer-Erzählungen

„Momentan merke ich, dass uns das nicht gelingt“, räumt er indes ein. Menschen würden entweder der „guten“ oder der „bösen“ Seite zugeteilt. „Es gibt eine gewisse Konkurrenz zwischen den Erzählungen, wer Täter und wer Opfer ist. Das heißt, ein Opfer kann nur ein Opfer und nicht zugleich Täter sein und ein Täter nur ein Täter und nicht zugleich Opfer.“ Von dieser Rhetorik und einem Freund-Feind-Schema müsse man wegkommen, hin zu einer differenzierten Auseinandersetzung.

Ähnlich ist auch das Anliegen des Schweizer Judaisten Christian Rutishauser. „Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Staat Israel existiert. Allein schon die Frage nach dem Existenzrecht ist obsolet. Würde irgendjemand das Existenzrecht Deutschlands infrage stellen, weil es eine AfD gibt? Wenn ich kommuniziert habe, dass ich ganz klar für das Existenzrecht bin, kann ich genauso klar sagen, dass ich die Regierung Benjamin Netanjahus kritisiere.“

Er distanzieren sich vom christlichen Zionismus der Evangelikalen und auch von der Siedlerbewegung – „und zwar um Israel, der Ethik und der Glaubwürdigkeit Willen“, betont der Jesuit. Dem Judentum tue man einen Dienst, wenn man es in loyaler Solidarität kritisiere. „Meine Solidarität für ein würdiges Leben in Gerechtigkeit und Freiheit ist gegenüber allen gleich, ob mit Palästinensern, jüdischen, christlichen und muslimischen Bürgern Israels.“

Problematisch sei, dass viele Menschen gar nicht wüssten, was sie kritisieren. „Daher muss man kompetent sein, was die Geschichte der Region und die Geschichte des Zionismus angeht, aber auch die aktuelle Politik Israels, das Parteiensystem zum Beispiel kennen“, fordert Rutishauser. Und auch, dass die Debatte über Israel und Nahost von der über Antisemitismus unterschieden wird. „Denn manches ist im Nahen Osten eine ausschließlich territoriale Auseinandersetzung und hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Das ist ein wie andernorts auch zu beobachtender politischer Kampf.“ Jedoch sei die Haltung des Irans und der Hamas klar antisemitisch.

In Deutschland gehe es meist um Antisemitismus. „Von Kirche und Christentum unabhängig ist die europäische Kultur von Judenfeindschaft geprägt“, erklärt Rutishauser. Bei Problemen tauche der Reflex auf, zu sagen: „Ah, das ist ein Jude. Und wenn der Jude an der Macht ist, versucht er ohnehin, alles zu manipulieren“. Handlungen, die man sonst vielleicht politisch oder wie auch immer interpretieren würde, würden somit antisemitisch ausgelegt.

„Man muss sich auch fragen, warum man sich so sehr für die israelische Politik und die Kritik daran einsetzt, sich aber nie so exponiert, wenn es um den Sudan oder die Ukraine geht“, gibt der Jesuit zu bedenken. Nichtjüdinnen und Nichtjuden hätten insgesamt die Aufgabe zu vermitteln.

Rutishauser betont, dass man in Deutschland nicht existenziell bedroht sei. Oft sei der Blick ausschließlich auf die Palästinenser gerichtet. „Ganz anders ist es in Israel. Die Israelis erleben die Bedrohung existenziell, und zwar aus der ganzen Region, insbesondere vom Iran und seinen Alliierten.“ Dennoch müssten die Israelis mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn zusammenarbeiten. „Es geht nur, wenn auch da immer wieder Vertrauen aufgebaut wird.“ (KNA HG 04.06.2026)

- **„Der Blick zurück zeigt, dass noch vor einem Jahrzehnt die beiden gefährlichsten Kriege in der Welt eingehegt schienen“, schreibt Matthias Iken im „Hamburger Abendblatt“:** „[...] 2014 und 2015 hatten die Ukraine und Russland unter Vermittlung Deutschlands und Frankreichs die Minsker Abkommen unterzeichnet – diese mögen viele Schwächen gehabt haben, waren aber besser als der Krieg und die Zerstörung. Auch wenn es heute keiner wahrhaben will: Für das Scheitern von Minsk zeichnen sowohl Russland als auch die Ukraine verantwortlich.

[...] 2015 war es auch, als das Wiener Abkommen über das iranische Atomprogramm ratifiziert wurde. [...] Es war US-Präsident Donald Trump, der 2018 als Erster aus dem Abkommen ausstieg. Wer das für eine clevere Idee hält, sollte einen Blick auf die Region von heute werfen. Die Waffenruhe ist so brüchig wie ein morsches Stück Holz. Und die Angriffe der USA und Israels mögen vieles zerstört haben, nicht aber die Macht der Mullahs.

Auch Israel, zu Recht als einzige und mutige Demokratie im autokratischen Halbmond gelobt und geliebt, befindet sich längst auf Abwegen. Premier Benjamin Netanjahu regiert seit Ende 2022 mit Rechten, Religiösen und Rechtsextremisten. Keine Regierung seit 1948 war so radikal. Fast jedes Land der Welt hat nach den mörderischen Terrorattacken der Hamas 2023 das militärische

Eingreifen Israels verstanden; aber kaum ein Land der Welt versteht heute noch die Politik der maximalen Zerstörung.

Wo nur vermeintliche Stärke gilt, verlieren Besonnenheit und Diplomatie an Gewicht. Halbstarke und Heißdusen bestimmen jetzt die Weltpolitik. Auch eine mögliche Einigung auf einen Waffenstillstand in der Ukraine kurz nach dem Überfall der Russen im März 2022 scheiterte laut Vermittler vor allem an einem Populisten – dem britischen Premierminister Boris Johnson, der für einen besonders harten Kurs gegen Putin plädierte.

Und die Bundesrepublik? Gottlob haben die Populisten hier noch nicht die Macht. Außenpolitisch aber hat sich das Land freiwillig verzweigt: Seit einem Jahrzehnt geht es nicht mehr um Diplomatie, sondern um Moral und eine wertegeleitete oder gar feministische Außenpolitik. Auch das hat die Welt nicht sicherer gemacht.“ (KNA HG 11.06.2026)

- **Dirk Hautkapp analysiert in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ die diplomatische Lage im Nahost-Krieg:** „Donald Trump wollte der Kriegsherr sein, der in Nahost Ansagen macht wie der Polier auf der Baustelle. ‚Ich habe das alleinige Sagen. Er hat nicht das Sagen‘, dozierte er gerade über Benjamin Netanjahu. Seit gestern ist evident, wie leer diese Sätze sind. Israels Premierminister, der vor Wahlen im Herbst steht und im Falle eines Misserfolgs mit einem Bein im Gefängnis, bombardiert im Libanon weiter gegen die Hisbollah und antwortet im Alleingang auf iranische Raketen. Er denkt nicht daran, den Anweisungen aus Washington zu folgen. Teheran testet, wie weit es gehen kann bei einem Trump, der nur noch eines will: raus aus dem Krieg. Beide behandeln den US Präsidenten wie einen Dirigenten, der zu spät bemerkt: Das Orchester spielt längst eigene Noten.

Das ist ganz allein Trumps Verantwortung. Er hat auf „Bibis“ Drängen den törichten Krieg gegen Iran begonnen. Aber wer Feuer legt, kann nicht anordnen, ab jetzt sei Rauch verboten. Der seit Wochen im Kern fertige Friedensplan mit Teheran liegt auf dem Tisch. Aber Trump zögert, weil jeder Kompromiss wie Nachgeben aussieht und an der Heimatfront politisches Sperrfeuer auslösen wird. Netanjahus Ziel bleibt größer: Ohne nachhaltigen Mullah-Sturz kein Friedensvertrag.

Trump's Autoritätsverlust ist atemberaubend. Israel ignoriert seinen Wunsch nach Zurückhaltung. Iran nimmt ihn nicht ernst genug, um die Eskalation zu stoppen. Für einen Präsidenten, der Politik permanent mit Gorilla - Dominanztheater verwechselt, ist diese Lage gefährlich. Je sichtbarer seine Demütigung, desto größer die Versuchung zur Überreaktion.“ (KNA HG 11.06.2026)

- **Für die „Jüdische Allgemeine“ zieht Guy Katz eine skeptische Bilanz des USA-Iran-Deals:** „Donald Trump verkündet einen diplomatischen Durchbruch, an seinem 80. Geburtstag. Die Märkte reagieren erleichtert. Der Ölpreis fällt. Kommentatoren sprechen von Deeskalation, von Vernunft, von einem möglichen Ende der gefährlichsten Eskalation im Nahen Osten seit Jahren.

Die Welt atmet auf. Viele Juden tun es nicht. Nicht weil sie sich Frieden nicht wünschen würden. Sondern weil sie gelernt haben, zwischen einem Friedensschluss und einer Feuerpause zu unterscheiden.[...]

Deshalb blicken viele Juden auf die jüngsten Entwicklungen mit einer anderen Frage als die meisten internationalen Kommentatoren. Nicht: Ist der Krieg vorbei? Sondern: Sind wir jetzt sicherer? Die Antwort darauf fällt deutlich weniger optimistisch aus. [...]

Denn während internationale Beobachter vor allem über Ölpreise, Märkte und geopolitische Stabilität sprechen, betrachten Juden die Lage häufig durch eine andere Brille. Sie fragen nicht, ob die Schlagzeilen morgen freundlicher aussehen. Sie fragen, ob ihre Kinder in fünf Jahren sicherer leben werden.

Diese Perspektive wird oft missverstanden. Wer Zweifel an einem Abkommen äußert, gilt schnell als Gegner des Friedens. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Gerade wer Frieden will, muss fragen dürfen, ob die Voraussetzungen dafür tatsächlich geschaffen wurden. [...]“ (KNA HG 18.06.2026)

- **Akademischer Antisemitismus - Antisemitismus an Hochschulen zeigt sich nicht nur auf dem Campus, sondern auch in den Ideen, die dort entstehen. Ein neuer Sammelband**

untersucht, wie wissenschaftliche Theorien antisemitische Denkmuster befördern können – oft subtil, aber mit weitreichenden Folgen. Von Karin Wollschläger

Antisemitismus ist auch ein Phänomen an Hochschulen. Da ist zum einen eine hohe Zahl an Vorfällen, die etwa die Meldestelle Rias (Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus) verzeichnet - im vergangenen Jahr 410, im Vorjahr sogar 450 Fälle. Überwiegend handelte es sich um israelbezogenen Antisemitismus. Die Akteure bezogen sich explizit auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die darauf folgenden Kriege.

Es gibt allerdings auch einen Judenhas, der durch eine vermeintlich wissenschaftliche Lehre und Theorien, die Ansatzpunkte für antisemitisches Denken und Handeln liefern, begründet und verbreitet wird. Hochschulen sind also nicht nur Schauplätze antisemitischer Angriffe, sondern teilweise auch deren geistige Stichwortgeber. Diesem Phänomen widmet sich der neu erschienene Sammelband „Akademischer Antisemitismus“.

Wie aus Theorie Feindbilder werden

Er ist aus einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung im vergangenen Jahr in Berlin hervorgegangen. Der Band beleuchtet die aktuellen Debatten unter anderem im Postkolonialismus, in Genderstudien, den Orientwissenschaften, den Genozidwissenschaften und dem Völkerrecht. Aber auch die ideengeschichtlichen Wurzeln des Antisemitismus in der linken Israelkritik werden nachgezeichnet.

Mitherausgeber Andreas Jacobs von der Stiftung erklärt: „Der akademische Antisemitismus äußert sich sehr subtil, ist aber mindestens genauso gefährlich wie offener Judenhas.“ Meist sei er zunächst kaum erkennbar und verstecke sich hinter unverdächtigen Formeln und Fachbegriffen, die auf den ersten Blick kaum als antisemitisch zu erkennen seien. „Man theoretisiert gegen globale Eliten, das Großkapital, die Religion und natürlich gegen den Staat Israel. Vordergründig geht es um Recht und Gerechtigkeit, mit Antisemitismus habe das angeblich nichts zu tun“, so Jacobs. „Dabei entstehen hier die Begründungszusammenhänge für die dramatisch zunehmenden Angriffe gegen Jüdinnen und Juden.“

Die Wissenschaft werde, so die Herausgeber des Sammelbands in der Einleitung, auch als scheinbar neutrale Kronzeugin für Israelkritik und versteckten Antisemitismus genutzt. Auf diesem Weg zögen Halbwahrheiten und aktivistische Positionen in den Diskurs ein, deren Infragestellung als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit und als Ignorierung von Fakten diskreditiert werden könne. So sei zu erklären, dass oft und gerade da Antisemitisches entstehe, erdacht und begründet werde, wo man jeglichen Antisemitismus weit von sich weise - an der Hochschule.

Scharf geht der Sozialwissenschaftler und Philosoph Ingo Elbe von der Uni Oldenburg in seinem Beitrag mit der auf Edward Said zurückgehenden postkolonialen Theorie ins Gericht. Sie trägt seines Erachtens als wesentlicher Faktor zur antisemitischen Radikalisierung im akademischen und linken aktivistischen Milieu bei.

Alte Ressentiments, neue Begriffe

Elbe legt dar, wie diese Strömung Antisemitismusbegriffe in allgemeinen Rassismus auflöst, den Holocaust zu einem Kolonialverbrechen herabstuft, islamischen sowie arabischen Antisemitismus ausblendet und Israel systematisch dämonisiert. Durch das Dogma des „Siedlerkolonialismus“ werde Israel zum Inbegriff westlichen Unrechts umgedeutet, wobei Fakten, die gegen diesen Charakter sprächen, systematisch ignoriert oder als „Kontext ohne Kontext“ präsentiert würden.

Die Anthropologin Dani Kranz, Forschungsdirektorin des Tikvah Instituts in Berlin, spricht in diesem Zusammenhang in ihrem Beitrag von einer „Ent-Empirisierung“. Wenn Fakten nicht in das ideologische Weltbild passten, etwa islamistischer Terror oder die Vertreibung von Juden aus arabischen Ländern, würden sie schlicht weggedeutet. Diese Verzerrung führt laut der Soziologin Verena Buser, wissenschaftliche Referentin des Antisemitismusbeauftragten in Brandenburg, dazu, dass selbst in der Holocaust- und Genozidforschung Narrative verbreitet werden, die Israel per se einen Völkermord unterstellen.

Wer Antisemitismus erforscht, gerät unter Druck

Kranz konstatiert zudem, dass bei Lehrenden und Studierenden ein eklatanter Wissensmangel über jüdisches Leben, die Geschichte des Zionismus und Israel herrsche. Aus diesem Grund fordert sie die Einrichtung dauerhaft finanzierter Lehrstühle und Institute für Jüdische Gegenwartsforschung und Israel-Studien sowie eine systematische, empirische Antisemitismusforschung, die über reine „Kompetenznetzwerke“ hinausgehe.

Auch akademische Disziplinen wie der Queerfeminismus sind nicht unproblematisch. Der Berliner Historiker Vojin Sasa Vukadinovic beschreibt in seinem Beitrag diese Szene als oft aktivistisch geprägt. Es würden uralte jüdenfeindliche Bilder von „Kindermördern“ und „Volkszersetzern“ auf Israelis übertragen und mit dem Vokabular eines angeblich geschlechtersensiblen Menschenrechtsdiskurses getarnt. Der Sammelband beleuchtet auch empirische Leerstellen. So weist der Historiker Günther Jikeli, Professor für Jüdische Studien und Germanic Studies an der Indiana University in den USA sowie Leiter des Forschungslabors „Social Media & Hate“, darauf hin, dass Antisemitismus unter Muslimen zwar wissenschaftlich belegt sei, seine religiösen und ideologischen Wurzeln im akademischen Betrieb jedoch oft ignoriert oder als bloße Reaktion auf Israel verharmlost würden.

Die Publikation versteht sich explizit nicht als systematische Analyse aller Ausprägungen, Ansätze und Disziplinen dieser „akademischen Verirrung“. Vielmehr sei der Sammelband als Kritik an der „Pervertierung der akademischen Wahrheitssuche“ zu verstehen, als Momentaufnahme des Diskussionsstandes und als Appell für eine weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung, heißt es.

Wo Antisemitismus neu begründet wird

Es gebe viele Forschungsleerstellen. Wissenschaftler, die sich mit israelbezogenem Antisemitismus beschäftigten, seien oft Anfeindungen ausgesetzt. Es brauche wissenschaftliche Korrektive - Lehrstühle, Disziplinen, Forschungsverbünde sowie Organisation und Finanzierung, die sich dem Trend entgegenstellten. (KNA HG 25.06.2026)

- **Neues Rabbinatsgericht für liberale Juden - Übertritt zum Judentum, Schlichtung von Streit und die Klärung, ob jemand nach dem Religionsgesetz jüdisch ist: All das gehört zu den Aufgaben eines Rabbinatsgerichts. Unlängst ließ die Gründung eines neuen Gerichts aufhorchen. Manche reagierten gar mit „größter Irritation“. Von Leticia Witte**

Im liberalen Judentum in Deutschland hat ein Vorstoß zur religiösen Gerichtsbarkeit für ein geteiltes Echo gesorgt. Es geht um die Mitteilung, dass ein neues liberales Rabbinatsgericht gegründet wurde. Allerdings gibt es hierzulande bereits eines, an das sich liberale Jüdinnen und Juden wenden können.

Ein solches Gericht (Bet Din) ist eine bedeutende Institution. Es ermöglicht den Übertritt zum Judentum, widmet sich Streitfällen in Gemeinden, religiösen Ehescheidungen und klärt, ob jemand nach dem Religionsgesetz jüdisch ist. Eine solche Klärung ist zum Beispiel zentral, wenn jemand nach Israel auswandern möchte. Ein Bet Din besteht hierzulande in der Regel aus etwa drei Rabbinern.

Die Union progressiver Juden in Deutschland (UpJ) hat nach ihrer Jahresversammlung in Prag Mitte Mai mitgeteilt, mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin ein gemeinsames liberales Rabbinatsgericht gegründet zu haben. Das neue „Zentrale Liberale Bet Din Deutschland“ versteht sich als „dezidiert liberales“ Rabbinatsgericht, an das sich jede Gemeinde wenden kann. Nach UpJ-Angaben verhilft es aufgrund der Akzeptanz aus Israel zur Einwanderung (Aliya). Koordinatoren des neuen Bet Din sind Rabbiner Jonah Sievers für die Berliner Gemeinde und Rabbinerin Alla Mitelman für die Union progressiver Juden, wie die UpJ-Vorsitzende Irith Michelsohn der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) sagte.

Die Union hat 20 Gemeinden und fünf jüdische Organisationen als Mitglieder. Sie ist mit dem europäischen Netzwerk der European Union for Progressive Judaism und mit der weltweiten Organisation der World Union for Progressive Judaism verbunden. Michelsohn, die auf der Jahresversammlung in ihrem Amt bestätigt wurde, erklärte im Zuge der Ankündigung der neuen Gerichtsbarkeit: „In der Vergangenheit mussten wir feststellen, dass auf die Bedürfnisse der liberalen Juden nicht immer genug Rücksicht genommen wurde.“

„Geburtsstätte des liberalen Judentums war in Berlin“

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe, teilte mit: „Die Geburtsstätte des liberalen Judentums war in Berlin, und daher freuen wir uns, das liberale Judentum gemeinsam mit der UpJ durch ein eigenes Bet Din weiter zu stärken.“

Das schon länger bestehende Rabbinatsgericht für nichtorthodoxe Jüdinnen und Juden ist bei der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschland (ARK) angesiedelt. In dem Gremium sind aktuell 45

Rabbinerinnen und Rabbiner organisiert. Sie kommen aus der liberalen Strömung im Judentum und aus der konservativen (Masorti), die zwischen liberal und orthodox angesiedelt ist. Das Rabbinatsgericht der ARK, an das sich also nicht nur liberale Jüdinnen und Juden wenden können, werde vom Zentralrat der Juden in Deutschland sowie vom Staat Israel in Bezug auf die Einwanderung anerkannt, so die ARK. Zugleich sei es mit anderen anerkannten Rabbinatsgerichten weltweit verbunden. Der Koordinator des ARK-Gerichts ist Rabbiner Max Feldhake.

Die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland unterhält ein eigenes Rabbinatsgericht. Die Allgemeine Rabbinerkonferenz ist wie ihr orthodoxes Pendant ein Gremium des Zentralrats, des Dachverbands von über 100 jüdischen Gemeinden. Außerdem gibt es die Liberale Rabbinervereinigung, die vor zwei Jahren gegründet wurde und eine Organisation der UpJ ist. Auf die Ankündigung der Union progressiver Juden reagierte der Vorstand der Allgemeinen Rabbinerkonferenz kurz danach mit „größter Irritation“. Die ARK verstehe sich seit ihrer Gründung im Jahr 2005 als Vertretung des liberalen Rabbinats und betreibe mit dem eigenen Bet Din eine Institution, die auch für die Anliegen liberaler Jüdinnen und Juden in Deutschland zuständig sei.

„Behauptungen, es wäre in der Vergangenheit nicht genug auf die Bedürfnisse der liberalen Juden Rücksicht genommen worden, weisen wir als gegenstandslos zurück“, so der Vorstand. Entsprechend geteilt fällt das Echo aus: Manche sehen die Einrichtung eines neuen Rabbinatsgerichts als weiteren Teil von Streitigkeiten innerhalb des liberalen Judentums, andere sprechen von einem religiös begründeten Ansinnen.

Was die Streitigkeiten angeht, liegen der Zentralrat, die UpJ und die Berliner Gemeinde in einigen Punkten über Kreuz. Da ist zum Beispiel eine Neuaufstellung der Ausbildung von nichtorthodoxen Rabbinerinnen und Rabbinern am bundesweit einzigen Standort in Potsdam.

Die Folge ist eine Parallelstruktur mit mittlerweile zwei Ausbildungsstätten in der brandenburgischen Landeshauptstadt: Das Abraham-Geiger-Kolleg wird von der Berliner Gemeinde getragen, das neu hinzugekommene Regina-Jonas-Rabbinerseminar vom Zentralrat.

Ein weiteres Beispiel sind die Forderungen der Union progressiver Juden nach einem eigenen Staatsvertrag. Mit einer Verfassungsbeschwerde will die UpJ durchsetzen, dass sie öffentliche Gelder über einen eigenen Staatsvertrag erhält - wie der Zentralrat auch, und das schon seit 23 Jahren. Nach bisherigen Regelungen soll der Zentralrat einen Teil der Fördergelder, die er über den Staatsvertrag bekommt, an die UpJ weiterleiten. Sowohl der Zentralrat als auch die UpJ sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben damit als einzige bundesweit tätige jüdische Organisationen diesen Status. Die UpJ kritisiert in dem Zusammenhang eine Ungleichbehandlung wegen des fehlenden eigenen Staatsvertrags, weswegen sie Anfang 2024 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hat. Sie hofft auf eine Entscheidung in diesem Jahr.

Mit Blick auf das neue Rabbinatsgericht sagte die ARK-Vorsitzende und Frankfurter Rabbinerin Elisa Klapheck der KNA: „Wir als liberale Jüdinnen und Juden sind in der Welt des Zentralrats, die die meisten Gemeinden in Deutschland umfasst, anerkannt und geschätzt.“ Etliche liberale Rabbinerinnen und Rabbiner arbeiteten in Institutionen des Zentralrats mit. „Die Ankündigung eines neuen Rabbinatsgerichts zielt auf eine Spaltung, dabei sollten wir Liberale zusammenhalten. Derzeit laufen Gespräche dazu.“

„Ankündigung eines neuen Rabbinatsgerichts zielt auf eine Spaltung“

Auf mehr miteinander drang kürzlich auch die Kantorin Avitall Gerstetter in einem Beitrag für die „Jüdische Allgemeine“ - ohne allerdings konkrete Entwicklungen oder einen Anlass explizit zu benennen: „Solange unterschiedliche Organisationen vor allem nebeneinander agieren, wird das liberale Judentum Gefahr laufen, hinter seinen Möglichkeiten zurückzubleiben.“ Und weiter: „Gelingt es jedoch, gemeinsame Strukturen der Interessenvertretung zu schaffen, könnte gerade die Vielfalt, die heute manchmal als Schwäche erscheint, zu seiner größten Stärke werden.“ (KNA HG 25.06.2026)

- **Zentralrat der Juden: Linke mit Israel-Politik „nicht wählbar“**

Der Zentralrat der Juden in Deutschland distanziert sich scharf von der Partei „Die Linke“. Mit deren Beschluss beim Bundesparteitag in Potsdam am Wochenende, Israels Krieg im Gazastreifen als Völkermord zu bezeichnen, leiste die Partei einem wachsenden Antisemitismus weiteren Vor-schub und sei damit für Juden unwählbar, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster der Zeitung „Welt“.

Die Linke bekennt sich nach eigenen Angaben zum Existenzrecht Israels wie auch Palästinas und distanziert sich von Antisemitismus und Rassismus. Diese Distanzierung von Antisemitismus

bezeichnet Schuster als nicht glaubwürdig. Antisemitische Vorfälle in Deutschland seien weiter auf einem Höchststand und würden auch von linken Gruppen forciert, so der Zentralratspräsident. Aber statt sich damit zu befassen, nutze die Linke ihren Bundesparteitag für „Lippenbekenntnisse zum Schutz jüdischen Lebens, die zwischen Boykottunterstützung und Genozid-Vorwürfen gegen Israel jede Glaubwürdigkeit verlieren“.

Nach den Massakern der Terrormiliz Hamas am 7. Oktober 2023 auf israelischem Gebiet griff Israel den Gazastreifen an. Im Gaza- Krieg herrscht zwar derzeit eine Waffenruhe. Allerdings weiteten sich die kriegerischen Auseinandersetzungen Israels seither auch auf den Libanon und andere Länder der Region aus. (KNA HG 25.06.2026)

- **Rat für die Ratgeberin - Die Ehefrau eines Rabbiners hat oft eine bedeutende Rolle in einer Gemeinde. Das kann herausfordernd sein. Im orthodoxen europäischen Judentum gibt es ein Programm, um die Rebbetzin zu begleiten. Eindrücke aus München.** *Von Leticia Witte*
In einer jüdischen Gemeinde ist sie Ratgeberin und Ansprechpartnerin: die Ehefrau eines Rabbiners, Rebbetzin genannt. Wer etwas in persönlichen oder religiösen Fragen bereden möchte, vielleicht von Frau zu Frau, kann sich an sie wenden. Eine Rebbetzin organisiert außerdem Veranstaltungen, gemeinsames Lernen und ist in die spirituelle Arbeit in einer Gemeinde eingebunden. Sie ist zudem Gastgeberin, etwa am Ruhetag Schabbat. In nicht-orthodoxen Gemeinden, in denen Frauen das rabbinische Amt ausüben können, gibt es folglich auch Ehemänner von Rabbinerinnen.

Hier soll es um die Ehefrauen gehen. Jene, die Aufgaben einer Rebbetzin übernehmen, sind eng in die Aktivitäten der jeweiligen Gemeinde und die Angelegenheiten von Mitgliedern eingebunden. Allerdings schlüpfen nicht alle in diese Rolle: Manche möchten eigenständig weiter ihren Berufen nachgehen und vielleicht nicht so stark in der Öffentlichkeit stehen. Überdies dürfte die Erwartung einer fast ständigen Erreichbarkeit nicht allen Frauen zusagen.

Werkzeuge für Krisenmanagement

Das alles sind beträchtliche Herausforderungen. Um den Ratgeberinnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sie in Leitung und Kommunikation zu schulen und ihre Arbeit wertzuschätzen, hat die orthodoxe Europäische Rabbinerkonferenz ein Ausbildungsprogramm für Rabbiner-Ehefrauen gestartet. Das war vor vier Jahren. „Es ist ein Novum in der jüdischen Welt und würdigt die wichtige Rolle der als Rebbetzin bezeichneten Ehefrau eines Rabbiners in jüdischen Gemeinden“, hatte die Rabbinerkonferenz Anfang August 2022 erklärt.

In der vergangenen Woche fand wieder ein Rebbetzin-Seminar statt – in München, Sitz der Europäischen Rabbinerkonferenz (CER). Den Frauen sollten unter anderem professionelle Werkzeuge für das Krisenmanagement in der Gemeinde an die Hand gegeben werden, „um ihre Widerstandsfähigkeit und die ihrer Gemeinden gerade in diesen schweren Zeiten zu stärken“, so die CER im Vorfeld.

Damit dürfte zum Beispiel der zunehmende Antisemitismus in Europa gemeint sein, der für Unsicherheit bis hin zu Angst unter vielen Jüdinnen und Juden sorgt. Hinzu kommen die Situation nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, der dadurch ausgelöste Gazakrieg und die Iran-Kriege. Denn auch Frauen aus Israel waren nach München gereist, etwa Yemima Mizrahi, die das Rebbetzin-Programm der Europäischen Rabbinerkonferenz leitet.

Auch Frauen aus Israel nehmen teil

In den mittlerweile drei Jahren seit dem 7. Oktober sei sie in Israel viel unterwegs gewesen: „von einer Mutter zu einer Schwester zu einer Verlobten“, sagt Mizrahi der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) telefonisch aus München. Nicht immer habe sie gewusst, was sie sagen solle, und den Frauen, die sie aufgesucht habe, sei es oft ähnlich gegangen. Aber: „Es heilt das Herz, nicht allein zu sein.“ Sie gehe auch zu Familien, die nicht so religiös wie sie selbst seien.

Die Attacke der Hamas und die folgenden Kriege haben zu massiv gestiegenem Antisemitismus in Europa, den USA und anderen Staaten geführt – unter anderem, weil dort lebende Jüdinnen und Juden fälschlicherweise für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden, obwohl sie nicht in Israel leben und möglicherweise gar nicht mit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seiner in Teilen rechtsextremen Regierung einverstanden sind.

In Deutschland erfasste die Polizei im vergangenen Jahr einen Anstieg bei der Hasskriminalität: Von den rund 22.000 Fällen waren rund 6.500 antisemitisch motiviert, ein Plus von 5 Prozent. Der

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Rias) dokumentierte 2025 insgesamt 8.725 antisemitische Vorfälle. Unter ihnen sind auch Vorkommnisse, die keine Straftaten darstellen.

„Leben gefährlicher und fragiler“

In München hätten jetzt Ehefrauen von Rabbinern berichtet, dass das Leben fragiler und gefährlicher geworden sei, sagt Mizrachi. Viele versteckten den Davidsternanhänger an ihrer Halskette oder machten sich Sorgen, weil es in ihrer Wohnregion keine jüdischen Schulen als „Safe Space“ gebe, auf die sie ihre Kinder schicken könnten.

All das komme zum ohnehin prall gefüllten Alltag einer Rebbetzin hinzu. „Sie arbeitet wirklich hart“, betont Mizrachi. Daher habe man in München den Frauen viel Ermutigung mit auf den Weg gegeben. Eine Seminarteilnehmerin habe berichtet, dass sie das Gefühl habe, dass die Arbeit in der Gemeinde ihr Privatleben mit der Familie überrolle. Mizrachi sagt, sie habe der Frau empfohlen, noch mehr zu tun – jedoch für sich selbst. Etwas, das ihre Seele nähre und stärke.

Nicht immer bekomme eine Rebbetzin die Anerkennung, die sie verdiene – geschweige denn eine Bezahlung für ihre Arbeit an der Seite ihres Mannes. Sie kenne jedenfalls kein Beispiel, betont Mizrachi. Dass die Rabbinerfrauen in orthodoxen europäischen Gemeinden meistens kein Gehalt bekommen, hatte bei der Einführung des Rebbetzin-Programms auch der CER-Generalsekretär Gady Gronich beklagt.

„Es ist doch verrückt, dass die Frau des Rabbiners, obwohl sie den Menschen in der Gemeinde in vielen persönlichen oder familiären Fragen hilft, Unterricht gibt oder sich um zwischenmenschliche Angelegenheiten kümmert, von niemandem entlohnt wird“, so Gronich seinerzeit. Langfristig sollten die Gemeinden dafür sensibilisiert werden, die Arbeit der Rabbinerfrauen zu verstehen und anzuerkennen. Diese hätten den Anstoß zum Rebbetzin-Projekt gegeben, weil auch ihre Ehemänner an Lehrgängen teilgenommen hätten. (KNA HG 16.07.2026)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Lateinischer Patriarch Pizzaballa: Schweigen gegenüber Gewalt ist „Sünde“.**

Der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, hat das Schweigen angesichts von Gewalt und Extremismus als Sünde verurteilt. Religionsführer müssten gemeinsam die Stimme für den Frieden erheben, forderte er bei einem „Friedensgipfel des Volkes“ in Tel Aviv.

Die Veranstaltung wurde getragen von mehr als 80 Organisationen, die sich zu einem Bündnis unter dem Titel „It's Time“ zusammengeschlossen haben. Man dürfe Extremisten nicht die Deutungshoheit überlassen, so der italienische Ordensmann. Nicht Religion führe zu Krieg; vielmehr werde sie für die Rechtfertigung von Kriegen missbraucht.

Pizzaballa rief dazu auf, besonders mit der jungen Generationen in einer Koalition von Politik, Religion, Kunst, Kultur und Sozialem für Frieden zu arbeiten. Jeder müsse seinen Baustein beitragen, „um das Gebäude wiederaufzubauen, das zerstört wurde“, so der Kardinal. „Die nächste Generation kann nichts bewirken, wenn wir nicht jetzt damit anfangen“, mahnte der Patriarch. Frieden zu schaffen, werde Zeit brauchen. Aber das Bündnis der Friedenswilligen, wenngleich zahlenmäßig nicht sehr stark, werde „ein Quälgeist“ sein. (Kna HG 07.05.2026)

- **Wer stoppt die Siedler? Freiwillig gibt Israel das besetzte Westjordanland nicht her – sagen Menschen, die friedlich mit den Palästinensern leben wollen. Mit Gewalt können sie viele Palästinenser in die Flucht schlagen, wissen extremistische Siedler – und, dass sie dafür selten belangt werden. Nun hält die EU erstmals dagegen. Von Andrea Krogmann**

Noch nie wuchsen israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten so schnell wie unter der aktuellen Regierung. Gleichzeitig eskalieren seit dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 die Siedlergewalt gegen Palästinenser und deren Eigentum sowie ihre Vertreibung. Hügel für Hügel arbeiten sich extremistische Siedlergruppen mit ihren illegalen Außenposten durch palästinensisches Land. Sie plündern, sie zerstören, sie morden – und werden in aller Regel strafrechtlich nicht belangt.

Nun hat die Europäische Union erstmals Sanktionen beschlossen gegen Siedlerorganisationen, die mit Gewalt und Vertreibung in Verbindung gebracht werden. Gleichzeitig einigten sich die Minister darauf, weitere restriktive Maßnahmen gegen führende Persönlichkeiten der Hamas zu

ergreifen. „Gewalt und Extremismus haben Konsequenzen“, erklärte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas. Zudem habe man über Handelsfragen diskutiert, insbesondere über die Einschränkung des Handels mit illegalen israelischen Siedlungen. Israels Außenminister Gideon Sa'ar erklärte auf X, die EU habe die Sanktionen willkürlich und ohne jegliche Grundlage verhängt. „Ebenso empörend ist der inakzeptable Vergleich, den die EU zwischen israelischen Bürgern und Hamas-Terroristen gezogen hat“, fuhr er fort. „Dies ist eine völlig verzerrte moralische Gleichsetzung.“

Armeeführung alarmiert

Die Siedler machen weiter. Vor rund einer Woche kam ein weiterer illegaler Außenposten der Siedler hinzu: am Rand des palästinensischen Dorfes Taibeh, dem letzten christlichen Dorf des Westjordanlandes. Der Posten liegt an der Verbindungsstraße zum Jordangraben und hat Beduinen vom Stamm der Kaabne im Visier, die seit Jahrzehnten in dem Gebiet leben. Gelingt es den Siedlern, mit Einschüchterungen und Gewalt die Beduinenfamilien in die Flucht zu schlagen, ist das Gebiet entlang der Straße bis zum Jordantal „araberfrei“, sagen israelische Aktivisten, die der palästinensischen Bevölkerung schützende Anwesenheit bieten. Die Beduinengemeinden weiter südöstlich haben die Siedler seit Oktober 2023 mit systematischer Gewalt erfolgreich verdrängt.

Inzwischen schlagen selbst ranghohe israelische Militärs Alarm angesichts der jüdischen Gewalt: Der Stabschef der israelischen Armee Eyal Zamir sprach von „nationalistischen Straftaten“, die „die Siedlungen, die Sicherheit, die Stabilität und unsere Werte als Volk und als Staat“ gefährdeten. Und die Tageszeitung „Haaretz“ zitierte Anfang Mai aus geleakten Aufzeichnungen einer Sitzung den für die besetzten Gebiete zuständigen israelischen General Avi Bluth: „Wir töten, wie wir seit 1967 nicht getötet haben.“ Damals, im Sechstagekrieg, okkupierte Israel das Westjordanland und Ostjerusalem. In den 59 Jahren seither hat sich die Zahl der israelischen Siedler im Westjordanland auf rund 511.000, in Ostjerusalem auf rund 230.000 erhöht.

Keine Strafverfolgung

Weder bestätigte die Armee den Inhalt des Treffens, noch dementierte sie ihn. Bluth erklärte laut der Zeitung, die Armee sei bei Palästinensern schneller mit scharfer Munition an der Waffe als bei Übeltätern aus israelischen Siedlerkreisen. Der General bestätigte, wovor kritische Beobachter schon lange warnen: rassistisch diskriminierende Armeegewalt. Im besten Fall schauten Militär und Polizei zu, so der Vorwurf von Aktivisten und Palästinensern. Greifen sie in Fällen von Siedlergewalt ein, dann oft zugunsten der Angreifer: Festgenommen werden Palästinenser und die, die sie schützen wollen.

Staatlich unterstützte Siedlergewalt habe bei nahezu vollständiger Straflosigkeit bislang unbekannte Ausmaße angenommen, sagt Amnesty International Deutschland. Siedler und Soldaten töteten nach UNAngaben seit Oktober 2023 etwa 1.100 Palästinenser. Zehntausende wurden vertrieben, die Gesetzeslage zugunsten israelischer Siedler abgeändert. Israelische Aktivisten sind deutlicher. Sie sprechen von Terroristen statt Siedlern, von Terror statt Gewalt. Auch die palästinensische Außenministerin Varsen Aghabekian Shahin forderte Ende März: „Wenn wir eine Definition für Terrorismus haben, sollte diese Definition für alle gelten.“ Sie kritisierte verbreitete sprachliche Verschleierungen im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Vertreibung als Ziel

Israelische Politiker links des Mainstreams, aber auch rechte Kommentatoren bis hin zu Siedlervertretern haben sich angeschlossen. Im Westjordanland grassiere jüdischer Terrorismus, sagte etwa Demokratenchef Yair Golan. Der jüdische Terrorismus sei Verrat, die unverzeihlichen Verbrechen drohten das Lebenswerk von Menschen wie ihm zu zerstören, sagte Pinchas Wallenstein, Urgestein und Pionier der Siedlerbewegung, im Interview der „Haaretz“.

„Die Vertreibung der Palästinenser ist kein Nebeneffekt der Annexion, sondern ein integraler Bestandteil davon“, schreibt dagegen Aviv Tatarsky, Forscher der israelischen Organisation „Ir Amim“ (Stadt der Völker) in einem aktuellen Bericht. „Ir Amim“ setzt sich für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern ein. Für Tatarsky gehen antipalästinensische Gewalt von Siedlern und Staat Hand in Hand mit dem Ausbau von Infrastruktur für Siedler. Zusammen seien das praktische Schritte, um Annektierung und Vertreibung voranzubringen.

Tatarsky untersuchte die israelischen Besatzungsmaßnahmen im Großraum Jerusalem. Diese seien beispielhaft für das große Ganze der israelischen Pläne: Palästinensern das Leben gezielt unerträglich zu machen. Die gegenwärtige Aggression sei dabei bisher auf sehr wenig wirksamen

Widerstand gestoßen, weder bei den Palästinensern noch in der israelischen Gesellschaft und ebenso wenig bei der internationalen Gemeinschaft.

Noch konzentriert sich das israelische Vorgehen laut Tatarsky auf die sogenannten C-Gebiete, die nach den Oslo-Abkommen unter vollständiger israelischer Kontrolle stehen. Eine Ausweitung auf die ganz oder teilweise palästinensisch kontrollierten - und B-Gebiete des Westjordanlands sei jedoch zu befürchten. Nicht zuletzt ließen sich jüngste Gesetze und Regierungsbeschlüsse so lesen. Tatarsky: „Die bloße Existenz der Palästinenser im Westjordanland steht auf dem Spiel.“

Festhalten an Zwei-Staaten-Lösung

Der Großteil der internationalen Gemeinschaft betrachtet den israelischen Siedlungsbau weiterhin als illegal und als maßgebliches Hindernis für nachhaltigen und gerechten Frieden. Der einzig gangbare Weg aus Sicht vieler Staaten: eine verhandelte Lösung, an deren Ende ein souveränes Israel steht, dessen Existenzrecht nicht in Frage gestellt werden darf, und ein ebenso souveränes Palästina, in dem die Palästinenser über sich selbst bestimmen dürfen.

Im offiziellen Israel herrscht ein anderes Credo: Einen „Staat Palästina“ werde es westlich des Jordanflusses nicht geben. Israel müsse „das gesamte Gebiet vom Fluss bis zum Meer kontrollieren“, um seine eigene Sicherheit zu gewährleisten, betonte Regierungschef Benjamin Netanjahu mehr als einmal. Damit machte er sich das im Westen vielerorts als antisemitisch gedeutete „From the River to the Sea“ zu eigen.

Ihre Absichten hat Israels derzeitige Regierung bereits in den Koalitionsvereinbarungen festgehalten. Regierungsmitglieder geben ihre Ablehnung eines souveränen Palästinenserstaats offen kund. Finanzminister Bezalel Smotrich unterstrich unlängst seine Haltung, indem er Tausende Olivenbäume palästinensischer Bauern abholzen ließ. Zudem gab er eine weitere Milliarde Schekel (knapp 311 Millionen Euro) für neue Straßen zum Siedlungsprojekt frei – zusätzlich zu zwei Milliarden Euro, die die Regierung schon vorher bewilligt hatte. Nach der israelischen Friedensorganisation „Peace Now“ kommen damit rund 30 Prozent des Haushaltspostens für Fernstraßen etwa drei Prozent der Bevölkerung zugute.

Die neuesten Straßenbauprojekte sollen laut Verkehrsministerin Miri Regev dabei helfen, eine Million israelische Einwohner in die Westbank zu bringen. „Peace Now“ zählt derzeit 148 israelische Siedlungen und rund 350 Siedlungsaußenposten, die selbst nach israelischem Recht illegal sind. Bis April genehmigte die gegenwärtige Regierung mehr als 100 Siedlungen und Außenposten. Seit Jahren appellieren auch israelische Aktivisten an die internationale Staatengemeinschaft, den Kräften, die sich gegen die Besatzung im Heiligen Land einsetzen, nicht nur mit Worten zur Seite zu stehen. Tatarsky glaubt, aus eigener Kraft habe Israel wenig Potenzial für einen Politikwechsel; zu hoch wäre für die Gesellschaft der Preis für ein Ende seiner Besatzungspolitik. Der Ir-Amim-Vertreter hält Zwang von außen für notwendig: „Der Preis, die Besatzung beizubehalten, muss höher sein, als sie zu beenden.“

Vorwurf: Deutschland blockiert

Seit Monaten drängen mehrere EU-Mitgliedsstaaten über die Maßnahmen gegen die vier Siedlerorganisationen Amana, HaShomer Yesh, Regavim und Nachala sowie drei ihrer Führer hinaus auf Sanktionen gegen die rechtsradikalen Minister Itamar Ben-Gvir (Jüdische Stärke) und Bezalel Smotrich (Religiöser Zionismus) oder eine Aussetzung des Assoziierungsabkommen mit Israel. Insbesondere Deutschland reagierte auf weitreichendere Sanktionspläne bisher zurückhaltend. „Die deutsche Regierung ist einer der größten Blockierer“, sagt Amnesty International Deutschland, das zusammen mit anderen am Montag mit einer Protestkundgebung vor dem Bundeskanzleramt in Berlin zu einem deutschen Kurswechsel aufgerufen hatte. (Kna HG 07.05.2026)

- **Knesset-Ausschuss tagt zu antichristlicher Gewalt**

Der Ausschuss für Einwanderung, Integration und Diaspora des israelischen Parlaments hat sich vergangene Woche mit Belästigungen christlicher Geistlicher und Pilger in der Jerusalemer Altstadt befasst. Vor dem nationalistischen Flaggenmarsch zum Jerusalem-Tag warnte der Ausschussvorsitzende Gilad Kariv (Arbeiterpartei) vor rassistischen Ausschreitungen und Hassbekundungen gegenüber Christen und Muslimen. An dem Treffen nahm auch der Botschafter des Papstes, Erzbischof Giorgio Lingua, teil.

Kariv forderte einen Runden Tisch der zuständigen Ministerien unter Leitung des Außenministeriums sowie eine engere Zusammenarbeit der Polizei mit den Religionsvertretern in der Altstadt. Alle staatlichen Stellen müssten das „abscheuliche Phänomen“ der Angriffe auf Christen angehen, die die Grundwerte Israels untergraben.

Israel sei in der Pflicht, die Religions- und Kultfreiheit aller Religionen zu wahren, so der Abgeordnete. Einen Angriff, bei dem eine französische Ordensfrau Anfang Mai am Kopf verletzt wurde, bezeichnete der Oppositionspolitiker als „regelrechten Terrorakt“.

Vertreter der Kirchen forderten bei der Sitzung ein staatliches Durchgreifen gegen antichristliche Gewalt. „Das sind Hassverbrechen, die nicht geschehen dürfen“, so der Kanzler des armenischen Patriarchats, Aghan Gogchyan. Sie geschähen aber „unter der Herrschaft des Staates Israel“. Der Vertreter des koptischen Patriarchates, Bishoy Zaki, verwies auf eine Strafverfolgung von Hassverbrechen und antisemitischen Äußerungen etwa in den USA. In Israel gelinge es nicht immer, die Verantwortlichen für Hassverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Diese schadeten aber der Einheit zwischen den Religionen und erschwerten den Dialog.

Mit Blick auf den jährlichen Fahnenumzug zum Jerusalem-Tag kritisierte der Ausschussvorsitzende Kariv die Freigabe des Zugs durch das muslimische Altstadtviertel. Seit Jahren wiederholten sich zum Umzug verbale und körperliche Übergriffe auf Muslime und Christen, ohne dass angemessene Maßnahmen ergriffen würden. „Man darf nicht länger zulassen, dass der Flaggenumzug durch das muslimische Viertel zieht, solange Israels Polizei nicht aufstachelnde Gesänge und rassistische Äußerungen unterbindet“, so Kariv.

Kirchen in der Altstadt hätten die Anweisung gegeben, während des Umzugs die Türen geschlossen zu halten, sagte die Aktivistin Yisca Harani laut dem Knesset-Bericht. Ein Vertreter der lateinischen Kirche erklärte auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), ihm sei nichts zu einem solchen Aufruf bekannt.

Die im interreligiösen Dialog engagierte israelische Jüdin Harani ist Leiterin des Online-Datenzentrums „report-hotline.com“, bei dem Opfer und Zeugen Vorfälle anonym melden können. Für 2025 verzeichnete die Hotline nach eigenen Angaben landesweit 181 Übergriffe auf Christen, 150 davon in Jerusalem. (KNA HG 21.05.2026)

- **Patriarch Theophilos auf Mission - Die Christen im Nahen Osten stehen seit langem unter Druck. Der hat sich zuletzt deutlich verschärft. Nun bat der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem US-Präsident Trump persönlich um Schutz.** *Von Andrea Krogmann und Nikolaj Thon*

Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III., hat US-Präsident Donald Trump um Schutz der Christen in Nahost gebeten. „Christliche Gemeinschaften im Nahen Osten sehen sich in den letzten Jahren mit einer schwierigen Realität aus Instabilität, wachsenden Bedrohungen und zunehmendem Druck konfrontiert“, sagte er laut Mitteilung des Patriarchats bei einem Besuch des Weißen Hauses in Washington. „Wir sehen, wie alte Gemeinschaften um etwas ganz Grundlegendes bitten: weiterhin in Sicherheit leben zu können, ihren Glauben zu bewahren und die Religionsfreiheit zu wahren“, so das Kirchenoberhaupt weiter. Die Wahrung der Religionsfreiheit und der freie Zugang zu den heiligen Stätten seien nicht nur eine religiöse Angelegenheit, sondern eine Voraussetzung für Stabilität, Koexistenz und Frieden in der gesamten Region.

Bitte um Hilfe an „einen engen Freund“

Der Patriarch bat Trump als „engen Freund und als jemanden, der sich der Bedeutung des Schutzes christlicher Gemeinschaften und der heiligen Stätten bewusst ist“, entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Nahostchristen zu ergreifen. Bei den Gesprächen ging es auch um die staatlicherseits von Israel verhängten Einschränkungen, nicht nur in den besetzten palästinensischen Gebieten, sondern zunehmend in Jerusalem selbst. Diese betreffen religiöse Bräuche sowohl von Christen als auch von Muslimen und deren Zugänge zu ihren jeweiligen Kultstätten wie die Grabeskirche und die Al-Aqsa-Moschee.

Besonders hob Theophilos die Rolle des jordanischen Königs Abdullah II. hervor. Dieser sei nach wie vor ein Eckpfeiler für den Schutz christlicher Präsenz und die Sicherung der heiligen Stätten im Heiligen Land. Der Patriarch hob die Initiativen des Königs hervor, christliche und islamische heilige Stätten in Jerusalem wiederherzustellen und zu erhalten.

Jordanien als Vorbild der Religionsfreiheit

Jordanien sei ein Land der Sicherheit und des Friedens, das die monotheistischen Religionen ehre und die Freiheiten ihrer Anhänger schütze. Insofern sei es auch vorbildhaft für religiöse und soziale Stabilität und spiele weiterhin eine zentrale Rolle bei Verteidigung und Aufrechterhaltung der christlichen Präsenz im Heiligen Land. Theofilos lud Trump ein, selbst Jordanien und die Taufstätte Jesu am Jordan zu besuchen. Dort war kürzlich eine orthodoxe Universität eingeweiht worden.

Bei der Gelegenheit zeichnete Theofilos III. den US-Präsidenten mit dem Großkreuz des griechisch-orthodoxen Ordens der Kreuzträger vom Heiligen Grab aus. Es ist die höchste Auszeichnung der orthodoxen Kirche von Jerusalem. Washington war die erste von mehreren geplanten Stationen einer Mission, bei der das Kirchenoberhaupt für besseren Schutz von Christen sowie eine friedliche Lösung von Konflikten werben möchte. Im Gespräch mit Trump wies Patriarch Theofilos auch auf seinen geplanten Besuch beim russischen Präsidenten Wladimir Putin hin. Auch dort wolle er dazu beitragen, ein spirituelles und politisches Klima zu schaffen, das Stabilität und Frieden zwischen den Nationen fördere.

In Athen den Vorrang Jerusalems betont

Nach dem Besuch in Washington reiste der Jerusalemer Patriarch nach Athen. „Heute befindet sich die Kirche von Jerusalem mehr denn je in einem Umfeld, das von Unordnung, Sorge und Verwirrung geprägt ist“, sagte Theofilos am Sonntag nach einem Gottesdienst bei der Bruderschaft des Heiligen Grabes in Athen.

In dem Zusammenhang betonte Theofilos III. eine einzigartige Stellung des Jerusalemer Patriarchats innerhalb der Orthodoxie. Es besitze „das einzigartige Vorrecht“, „auf dem ehrwürdigen und allheiligen Grab unseres Herrn Jesus Christus gegründet zu sein“.

Während die anderen orthodoxen Landeskirchen auf der Verkündigung der Apostel basierten, sei die von Jerusalem unmittelbar mit dem Ort der Auferstehung Christi verbunden, was ihr eine besondere Position verleihe. Das Jerusalemer Patriarchat verstehe daher seine Sendung nicht nur als Dienst an der eigenen Herde, sondern auch als „Mutter der Kirchen“ in Verantwortung gegenüber der gesamten orthodoxen Welt. (KNA HG 11.06.2026)

- **Netanjahu: Christliche Dörfer im Libanon wollen zu Israel**

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat behauptet, mehrere christliche Dörfer im Südlibanon hätten um eine Angliederung an Israel gebeten. Vertreter aus der Region wiesen die Darstellung entschieden zurück.

Israel kümmere sich um seine Freunde und schütze die Christen in Nahost, sagte Netanjahu in einem Interview mit dem US-Sender Fox News. „Unter den christlichen Dörfern im Libanon haben einige sogar darum gebeten, von Israel annektiert zu werden, weil wir sie vor den Fanatikern der Hisbollah schützen, die sie töten wollen.“ Namen der angeblich betroffenen Dörfer nannte er nicht.

Bürgermeister weist Darstellung zurück

„Kein Dorf im Süden hat einen solchen Antrag gestellt“, sagte Hanna al-Amil, Bürgermeister von Rmeisch, einem der größten christlichen Dörfer in der Grenzregion, nach libanesischen Medienberichten. Al-Amil bezeichnete eine Annexion christlicher libanesischer Dörfer durch Israel als absolut undenkbar. Auch 15 weitere Dörfer hätten Netanjahus Darstellung in einer gemeinsamen Erklärung als falsch zurückgewiesen.

Die Lage im Südlibanon gilt weiter als äußerst angespannt. Trotz einer seit Juni geltenden Waffenruhe setzt Israel Angriffe auf Ziele der Hisbollah im Libanon fort und hält an einer Pufferzone im Süden des Landes fest. Ein kürzlich von den USA vermitteltes Rahmenabkommen zwischen Libanon und Israel sieht einen Rückzug Israels unter der Bedingung vor, dass die Hisbollah entwaffnet wird.

Der Regionaldirektor der Päpstlichen Mission für Libanon, Syrien, Irak und Ägypten, Michel Constantin, warnte im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur vor einer prekären Lage der im Südlibanon verbliebenen rund 5.000 Christen. Zugleich verwies er auf erhebliche Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der libanesischen Gesellschaft und warnte vor der Gefahr eines Bürgerkriegs.

Netanjahu bekräftigte, die israelische Armee werde ihre Präsenz so lange wie nötig aufrechterhalten, um die Bewohner im Norden Israels und alle Bürger des Landes zu schützen.

Israels Generalstabschef Eyal Zamir erklärte bei einem Besuch von Soldaten im Libanon, die Armee werde weiter gegen Bedrohungen aus libanesischem Gebiet vorgehen und sei bei Verletzungen der Waffenruhe zu schnellen offensiven Operationen bereit.

Treffen mit Trump geplant

In dem Fox-News-Interview sprach Netanjahu auch über Meinungsverschiedenheiten mit US-Präsident Donald Trump im Zusammenhang mit Bemühungen um eine dauerhafte Beilegung des regionalen Konflikts. Das Verhältnis zu Trump sei ausgezeichnet, sagte Netanjahu. Zugleich räumte er ein, dass es zwischen Verbündeten gelegentlich Differenzen gebe. Beide Politiker sollen demnächst in Washington zusammenkommen. (KNA HG 09.07.2026)

3. Personen

- **Jürgen Rüttgers (74), ehemaliger NRW-Ministerpräsident**, wurde mit der Auszeichnung „Licht der Erinnerung“ der Staatlichen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau geehrt. Ein besonders bedeutender Aspekt des öffentlichen Engagements des Preisträgers sei sein Einsatz für den Erhalt der Authentizität der Gedenkstätte, hieß es. Das „Licht der Erinnerung“ ist eine Auszeichnung, die vom Direktor des Auschwitz-Birkenau State Museums für herausragende Verdienste um die Aufklärung über Auschwitz und den Holocaust gestiftet und verliehen wird. (Kna HG 07.05.2026)
- **Elke Bückenbender (64), Deutschlands Präsidentengattin**, wird für ihr Engagement zur Stärkung jüdischen Lebens ausgezeichnet. Die orthodoxe Jüdische Gemeinde Chabad Berlin begründete die Ehrung der Ehefrau von Frank- Walter Steinmeier damit, sie habe sich seit vielen Jahren überzeugt für jüdisches Leben und ein tolerantes Miteinander in der Gesellschaft eingesetzt. Der „Preis zur Stärkung jüdischen Lebens“ ist undotiert und wird seit 2021 alle zwei Jahre vergeben. (Kna HG 07.05.2026)
- **Dieter Nuhr (65), Kabarettist, Autor und Moderator**, erhält in diesem Jahr den Leo-Baeck- Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland. Man würdige damit Nuhrs entschiedenen Einsatz gegen Antisemitismus in der Medienlandschaft, erklärte der Zentralrat. Nuhr nutze seine Rolle und seine Plattform im öffentlich - rechtlichen Rundfunk, um konsequent Doppelstandards in der deutschen Debatte um Israel offenzulegen. (Kna HG 07.05.2026)
- **Alfred Bodenheimer, Leiter des Zentrums für Jüdische Studien an der Universität Basel**, ist „Hans-Blumenberg-Professor 2026“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster. Bodenheimer, 1965 in Basel geboren, hat die Professur für Religionsgeschichte und Literatur des Judentums in Basel seit 2003 inne. Er ist Präsident der „Gesellschaft für Europäische-Jüdische Literaturstudien“ und Mitherausgeber namhafter Reihen wie der „Reihe Jüdische Moderne“. Seine Krimis über den Zürcher Ermittler Rabbi Gabriel Klein standen auf der Schweizer Bestsellerliste. (KNA HG 11.06.2026)
- **Uschi Glas (82), Schauspielerin, die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (62) und die Autorin und Filmemacherin Düzen Tekkal (47)** erhalten die Buber-Rosenzweig-Medaille 2027. Die drei Preisträgerinnen stünden beispielhaft „für hohes Engagement gegen Antisemitismus und den stärker öffentlich in Erscheinung tretenden Judenhass“, begründete der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit die Entscheidung. Erstmals geht die Ehrung des Dachverbands von mehr als 80 lokalen Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit an drei Personen zugleich. (KNA HG 11.06.2026)
- **Nahost-Kardinal Pizzaballa trifft Macron in Paris** - Der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, bereist Frankreich. In Paris sieht das Programm zunächst eine Reihe offizieller Treffen vor, etwa mit Präsident Emmanuel Macron im Élysée-Palast sowie Senatspräsident Gérard Larcher. Zudem soll Pizzaballa für seinen Beitrag zu Dialog und Frieden im Nahen Osten die Ehrenlegion erhalten, eine der höchsten Auszeichnungen Frankreichs. Weiter sind Treffen mit kirchlichen Institutionen vorgesehen wie der Bischofskonferenz, dem Oeuvre d'Orient und der Plattform Terre Sainte. Der Kardinal reist weiter in den Wallfahrtsort Paray-le-Monial, um an den Feiern zum Frömmigkeitsfest des Heiligsten Herzens Jesu teilzunehmen. Sie stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Jerusalem, die Herzensstadt Jesu“. In seinem jüngsten Hirtenbrief hatte Pizzaballa die Christen im Heiligen Land ermuntert, die Hoffnung zu bewahren und trotz aller Herausforderungen und Leiden Zeugnis für den Glauben abzulegen. Er unterstrich die Bedeutung der christlichen Präsenz an ihrer historischen Wiege; die Arbeit für Versöhnung und Frieden müsse dort weitergehen.

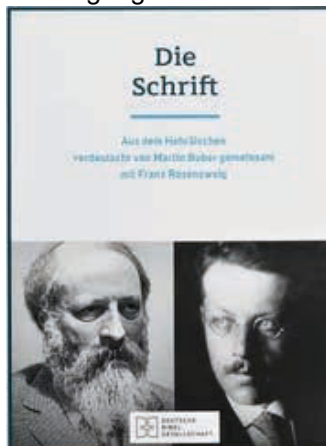
Pizzaballa ist Mitglied des Franziskanerordens und gehört zu den prägenden kirchlichen Persönlichkeiten im Nahen Osten. Lange Zeit war er als Franziskaner-Kustos in Jerusalem der sogenannte Hüter der Heiligen Stätten, bevor er zum Lateinischen Patriarchen von Jerusalem ernannt und 2023 von Papst Franziskus in den Kardinalsstand erhoben wurde. Im Mai 2025 gehörte der italienische Ordensmann zu den Favoriten bei der Papstwahl, aus der am Ende der US-Amerikaner Robert Prevost als Leo XIV. hervorging. (KNA HG 11.06.2026)

- **Amir Tibon, israelischer Journalist und Autor**, wird mit dem Sami-Rohr-Preis für jüdische Literatur 2026 in der Kategorie Sachbuch ausgezeichnet. Gewürdigt wird Tibons Buch „The Gates of Gaza: A Story of Betrayal, Survival, and Hope in Israel's Borderlands“. Darin verbindet der Autor persönliche Erlebnisse, historische Einordnung und journalistische Recherche zu einem Bericht über den Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und dessen Folgen für die israelischen Grenzgemeinden. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen seiner Familie und seiner Nachbarn im Kibbuz Nahal Oz. Der 2006 ins Leben gerufene Sami-Rohr-Preis gilt als eine der wichtigsten Auszeichnungen für zeitgenössische jüdische Literatur. (KNA HG 18.06.2026)
- **Steffen Seibert (66)** geht nach vier Jahren als deutscher Botschafter in Israel in den Ruhestand. In einer auf Hebräisch veröffentlichten Videobotschaft verabschiedete er sich mit 25 persönlichen Gründen, warum er das Land schätzt. Vor seinem Botschafteramt war Seibert elf Jahre Regierungssprecher von Angela Merkel und zuvor Journalist beim ZDF. (KNA HG 02.07.2026)
- **Matthias Burghardt (67), Präsident des Landgerichts Bayreuth, und Kriminalhauptkommissar Harald Frießner (62), Referent beim Beauftragten gegen Hasskriminalität der Bayerischen Polizei**, haben den Fritz-Neuland- Gedächtnispreis erhalten. Ausgezeichnet wurden sie für ihren Kampf gegen Antisemitismus, so die bayerische Staatsregierung. (KNA HG 09.07.2026)
- **Charlotte Knobloch (93), vielfach ausgezeichnete Holocaustüberlebende**, bleibt Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKGM). Als Vizepräsidenten wurden der Unternehmer Yehoshua Chmiel, der dieses Amt bereits seit 2016 innehat, sowie der Jurist Michael Holland gewählt. Holland, Antisemitismusbeauftragter des Landkreises Dachau, gehört dem Vorstand nach seiner Wahl Anfang Juli erstmals an. (KNA HG 09.07.2026)
- **Rosalía (33), Spaniens international angesagte Popsängerin**, wird von der Spanischen Bischofskonferenz ausgezeichnet. Sie erhält den Bravo-Preis in der Sparte „Musik“. Der Popsängerin gehe es in ihren Liedern um religiöse Gefühle, Spiritualität und Sinnsuche, begründete die Jury. (KNA HG 21.05.2026)

4. Bücher

- **Damit Gottes Wort geatmet wird - Vor 100 Jahren veröffentlichten die jüdischen Philosophen Franz Rosenzweig und Martin Buber ihre Übersetzung der Bibel – in einem katholischen Verlag.** *Von Thomas Klatt*

Es war der Katholik Lambert Schneider, der 1925 mit nur 25 Jahren in Berlin seinen gleichnamigen Verlag gründete. Er startete mit einem wirtschaftlich riskanten Projekt, nämlich mit der Neuübertragung der hebräischen Bibel in die deutsche Sprache. Dafür fragte er keine Geringeren als



die großen jüdischen Religionsphilosophen seiner Zeit Martin Buber und Franz Rosenzweig, die selbst schon über die Realisierung einer solchen Mammutaufgabe nachgedacht hatten. Dann vor 100 Jahren versetzte diese Bibelübersetzung die deutschen vor allem jüdischen Intellektuellen in helle Aufregung.

Denn beliebt war bislang vor allem die Luther-Bibel, nicht nur bei Protestanten, sondern auch im deutschen Judentum. Nun aber wollte man weg von der christlichen Übersetzung hin zu einer ganz neuen jüdischen Übertragung. Buber und Rosenzweig mussten dabei allerdings nicht bei null anfangen. Sie griffen neben dem Grimm'schen Wörterbuch der deutschen Sprache auch auf jüdische Vorläufer zurück.

„Es gibt eine ganze Geschichte deutsch-jüdischer Bibelübersetzungen, angefangen bei Moses Mendelssohn über Leopold Zunz bis zu Ludwig Philippson. Zentral ist auch die Übersetzung von Samson Raphael Hirsch, dem Begründer der jüdischen Neo-Orthodoxie, der auch schon in die Etymologie des Hebräischen eintauchte“, sagt Christoph Kasten. Kasten hat in Jüdischer Religionsphilosophie promoviert und ist Mitherausgeber einer neuen Edition, die die Debatte beleuchtet, die um diese neue Buber-Rosenzweig-Übertragung entbrannt war. Die Edition versammelt zum ersten Mal zentrale Quellen dieser historischen Kontroverse, deren Strahlkraft weit über das Jahr 1926 hinausreichte.

Wohin geht das deutsche Judentum?

Denn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Untergang der Monarchie stand die Frage im Raum, wo das deutsche Judentum stehen sollte. War die völlige Assimilation an die christliche Mehrheitsgesellschaft der Weg oder die Bewahrung einer gewissen religiösen Eigenständigkeit?

„Und da geht Rosenzweig auf diese Probleme ein und beschreibt seine eigene Zeit als eine Zeit der Krise der Glaubensorientierung. Er möchte einen neuen Zugang zur Sprache der Bibel schaffen, eine Lebendigkeit der Sprache sichtbar machen. So soll die Bibel wieder einen Zugang zur eigenen Glaubensbereitschaft ermöglichen“, erläutert Kasten.

Der hebräische Text wird nun ganz neu als ein gelesener, gesungener Erlebnistext verstanden. So schrieb Martin Buber: „Nicht bloß Weisung, Psalm und Spruch sind ursprünglich zungen- nicht federgeboren, sondern auch Bericht und Gesetz. In der jüdischen Tradition ist die Schrift bestimmt, vorgetragen zu werden.“

Eine Technik der Neuübertragung ist die so genannte Kolometrie. Der Text wird dabei in Einheiten gefasst, die nicht mehr an einer modernen deutschen Grammatik oder Satztechnik orientiert sind. „Sondern der Atem soll die Struktureinheit des Textes werden. Der natürliche Atem, den versuchen sie zu finden und den Text dementsprechend wiederzugeben. Dass es etwas Somatisches gibt, was der Bibel zu eigen ist“, sagt Kasten.

So gibt es nun keine übliche Punkt- oder Kommasetzungen mehr. Anders als bei Luther schwebt nun am Anfang der Schöpfung auch nicht mehr der Geist Gottes auf dem Wasser, sondern: „Die Erde aber war Irrsal und Wirrsal. Finsternis über Urwirbels Antlitz. Braus Gottes schwingend über dem Antlitz der Wasser.“

Der „Altar“ wird zur „Schlachtstatt“

Kaum war das erste Buch im Dezember 1925 im Verlag Lambert Schneider herausgekommen, brauste im Frühjahr 1926 nicht Gott, sondern eine Debatte in den deutschen Feuilletons auf. Der Kritiker Siegfried Kracauer etwa konnte mit der Buber-Rosenzweig-Methode wenig anfangen. Kracauer wirft eine „ästhetische Suggestion“ vor. Statt im Luther-Text: „Und der HERR roch den lieblichen Geruch“ des Brandopfers Noahs nach der Sintflut heißt es nun: „Da roch ER den Rauch der Befriedung“.

Genesis 1,1–8	Genesis 1,1–8	Genesis 1,1–8
Einheitsübersetzung 2016	Luther-Übersetzung 2016	Buber-Rosenzweig
¹ Im Anfang erschuf Gott Himmel und Erde.	¹ Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde.	¹ Im Anfang schuf Gott den Himmel und die Erde.
² Die Erde war wüst und wirr und Finsternis lag über der Urflut und Gottes Geist schwebte über dem Wasser.	² Und die Erde war wüst und leer, und Finsternis lag auf der Tiefe; und der Geist Gottes schwebte über dem Wasser.	² Die Erde aber war Irrsal und Wirrsal. Finsternis über Urwirbels Antlitz. Braus Gottes schwingend über dem Antlitz der Wasser.
³ Gott sprach: Es werde Licht. Und es wurde Licht.	³ Und Gott sprach: Es werde Licht! Und es ward Licht.	³ Gott sprach: Licht werde! Licht ward.
⁴ Gott sah, dass das Licht gut war. Und Gott schied das Licht von der Finsternis.	⁴ Und Gott sah, dass das Licht gut war. Da schied Gott das Licht von der Finsternis	⁴ Gott sah das Licht: daß es gut ist. Gott schied zwischen dem Licht und der Finsternis.
⁵ Und Gott nannte das Licht Tag und die Finsternis nannte er Nacht. Es wurde Abend und es wurde Morgen: erster Tag.	⁵ und nannte das Licht Tag und die Finsternis Nacht. Da ward aus Abend und Morgen der erste Tag.	⁵ Gott rief dem Licht: Tag! und der Finsternis rief er: Nacht! Abend ward und Morgen ward: Ein Tag.
⁶ Dann sprach Gott: Es werde ein Gewölbe mitten im Wasser und scheide Wasser von Wasser.	⁶ Und Gott sprach: Es werde eine Feste zwischen den Wassern, die da scheide zwischen den Wassern.	⁶ Gott sprach: Gewölbe werde inmitten der Wasser und sei Scheide von Wasser und Wasser!
⁷ Gott machte das Gewölbe und schied das Wasser unterhalb des Gewölbes vom Wasser oberhalb des Gewölbes. Und so geschah es.	⁷ Da machte Gott die Feste und schied das Wasser unter der Feste von dem Wasser über der Feste. Und es geschah so.	⁷ Gott machte das Gewölbe und schied zwischen dem Wasser das unterhalb des Gewölbes war und dem Wasser das oberhalb des Gewölbes war. Es ward so.
⁸ Und Gott nannte das Gewölbe Himmel. Es wurde Abend und es wurde Morgen: zweiter Tag.	⁸ Und Gott nannte die Feste Himmel. Da ward aus Abend und Morgen der zweite Tag.	⁸ Dem Gewölbe rief Gott: Himmel! Abend ward und Morgen ward: zweiter Tag.

Der „Altar“ wird bei Buber-Rosenzweig zur „Schlachstatt“. Kracauer kritisierte diese Sprache als zu archaisierend. Die Historikerin Inka Sauter, Mitherausgeberin der neuen Edition über den Buber-Rosenzweig-Streit, sagt: „Buber-Rosenzweig schreiben dann in ihrer Antwort auf Kracauer von Worteheimholungen. Also sie wollen Worte wiederentdecken, also nicht neu erfinden, sondern wiederentdecken, dass sie den biblischen Text nicht einfach implementieren wollen in die Gegenwartssprache.“

Ablehnung kommt auch vom jüdischen Religionshistoriker Gershom Scholem. Aus Propheten werden bei Buber-Rosenzweig „Künder“. Für ihn sei dies ein falsches Pathos, schreibt Scholem: „Mit dem Wort „Künder“ statt des guten alten Propheten kann ich gar nicht zurande kommen. Es wirkt mit einer übertriebenen und darum falschen Feierlichkeit, und warum sollte man sich bei diesem unbekannten Wort mehr oder etwas Besseres denken als bei dem guten alten Propheten. „Künder“ ist zu ballastlos, um in so großem Stil nicht grotesk zu wirken.“

Scholem zeigte sich enttäuscht, dass so ein „Friseurdeutsch“ hervorbreche. Buber und Rosenzweig aber halten der Kritik stand, weiß Inka Sauter: „Rosenzweig schreibt von der Vermählung der beiden Sprachgeister. Ihm geht es darum, dass zwei Sprachen sehr eng miteinander verzahnbar sind auf verschiedenen Ebenen. Buber und Rosenzweig arbeiten sich in die deutsche Sprachgeschichte ein, um im Rahmen des Deutschen ohne Fremdwörter die deutsche Sprache aus sich heraus dem Hebräischen anzunähern.“

Es entbrennt eine vor allem innerjüdische Debatte. So gab es bei aller Kritik auch Zuspruch etwa vonseiten der jüdischen Jugendbewegung. Franz Rosenzweig war für sie eine spirituelle Orientierungsfigur bei der Suche nach einer eigenen jüdischen Authentizität. Und die christliche Theologie?

Buber vollendete die Übersetzung allein

Die stand vor 100 Jahren noch abseits, sagt Religionswissenschaftler Ansgar Martins, Mitherausgeber der neuen Edition: „Soweit wir einen Einblick gewinnen konnten schickt wohl die Theologische Literatur-Zeitung ihr Rezensionsexemplar als zur Besprechung ungeeignet zurück. Vielleicht beginnt die große Zeit dieser Bibelübersetzung für Christen erst weit nach 1945.“

Nachdem Franz Rosenzweig am 10. Dezember 1929 im Alter von 42 Jahren starb, machte Martin Buber bis zu seiner Emigration nach Palästina im Frühjahr 1938 alleine weiter mit der Übersetzung. Erst 1961 feierte er in seinem Haus in Jerusalem die Fertigstellung. Nur für wen, fragt Gershom Scholem: „Die Juden, für die Sie übersetzt haben, gibt es nicht mehr. Die Kinder derer, die diesem Grauen entronnen sind, werden nicht mehr Deutsch lesen.“

„In der Schrift stehen Urwahrheiten“

Das deutsche Judentum, für die Buber und Rosenzweig Mitte der 1920er Jahren ihr Übertragungs-Projekt begannen, war vernichtet. Buber antwortet aber optimistisch auf Scholem. Er sehe, dass die Schrift selbst am Missionieren sei. In der Schrift stünden Urwahrheiten, die Judentum und Christentum über alle Grauen hinweg verbinden könnten.

Der Verlag Lambert Schneider, ohne den es diese Bibelübertragung wohl nie gegeben hätte, existiert heute nicht mehr. Über die Deutsche Bibelgesellschaft ist die vierbändige Buber-Rosenzweig-Verdeutschung aber weiterhin zu beziehen. Das Werk gilt vielen heute als unabdingbar, zumindest dann, wenn man der hebräischen Bibel auf Deutsch möglichst nahekommen möchte.

Die Bibelübersetzung von Buber-Rosenzweig, Geschichte eines Projekts, Herausgegeben von Christoph Kasten, Ansgar Martins und Inka Sauter, Suhrkamp Jüdischer Verlag, 38,00 Euro, ISBN: 978-3-633-54341-0 (Kna HG 07.05.2026)